

Entschließungen der Bundeshauptversammlung 2024

Inhalt

Honorarverteilungsmaßstäbe bundesweit an Bezahlung anpassen	2
Finanzierung der Krankenhausreform.....	2
Erhalt niedergelassener Facharztmedizin	3
Weiterentwicklung der Hybrid-DRG.....	3
Befreiung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes von der Sozialversicherungspflicht	3
Etablierung und Legalisierung des Vertragsarztes im Krankenhaus.....	3
Gesundes-Herz-Gesetz	3
Stärkung der Gesundheitskompetenz in der Gesellschaft.....	4
Gesundheitsuntersuchungen zur Stärkung der Prävention.....	4
Werbeverbot für Alkohol, Tabak und Nikotinprodukte	4
Förderung der Nachhaltigkeit in den Praxen.....	4
Resilienz des Gesundheitswesens stärken	4
Beherrschung von Krisensituationen durch Vorsorge.....	5
Schutzkleidung sinnvoll nutzen	5
Aufarbeitung der Corona-Pandemie	5
Gewalt gegen Praxisärzte und ihr Fachpersonal härter bestrafen.....	6
Gewalt in Praxen – Schutzkonzept erforderlich.....	6
Rechtsraum für KI-Anbindungen schaffen.....	7
Sicherheit der ePA.....	7
Überarbeitung der ePA und der Zuständigkeiten	8
Forderung nach Weiterentwicklung der eAU	8

Einführung der Gesundheitskarte für alle Geflüchteten.....	8
Arztpraxen sind keine Druckshops	8
Aufruf an alle Ärztinnen und Ärzte, jedem Prüfantrag der Krankenkassen zu widersprechen	9
Quartalsbezug für die Geringfügigkeitsgrenze bei Individualregress.....	9
Off-Label-Use neu definieren.....	9
DRV-Formularwesen	9
Unsinnige Bürokratie in Praxisverwaltungssystemen und DMP abbauen.....	9
Generelle Besserstellung selbstständiger Arztpraxen gegenüber MVZ im Zulassungsausschuss.....	10
Keine neue GOÄ ohne Inflationsausgleich	10
Reform des Elterngeldes für Selbständige.....	10
Abschaffung des Numerus Clausus im Medizinstudium.....	10
Solidarität mit der Aktion „Praxenkollaps“	11

Honorarverteilungsmaßstäbe bundesweit an Bezahlung anpassen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert alle Kassenärztlichen Vereinigungen in Deutschland dazu auf, ihre Honorarverteilungsmaßstäbe (HVM) an die Bezahlung der Gesetzlichen Krankenkassen anzupassen. Die fortschreitende Budgetierung und Unterfinanzierung der ambulanten Versorgung macht es notwendig, dass auch die Kassenärztlichen Vereinigungen ihren Beitrag leisten, dass Leistungserbringung auf das gezahlte Maß möglich wird. Nach 30 Jahren muss damit Schluss sein, dass niedergelassene Ärztinnen und Ärzte einen Teil ihrer Arbeit immer noch umsonst erbringen.

Finanzierung der Krankenhausreform

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., wehrt sich gegen die Finanzierung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) auf Kosten der GKV-Versicherten und fordert die Finanzierung durch die Bundesländer, wie vom Bundesrechnungshof gefordert. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass die Krankenhausreform nicht auf Kosten der ambulanten Medizin finanziert wird.

Erhalt niedergelassener Facharztmedizin

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert ein klares Bekenntnis der Politik zur niedergelassenen Facharztmedizin.

Weiterentwicklung der Hybrid-DRG

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert die Organe der ärztlichen Selbstverwaltung dringend auf, die Hybrid-DRG weiterzuentwickeln und die Ambulantisierung der Gesundheitsversorgung in Deutschland nicht der Politik und ihren erratischen Interessen zu überlassen. Dabei müssen die Voraussetzungen für die Erbringung von Hybrid-DRG im ambulanten und stationären Bereich ausgeglichen sein.

Befreiung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes von der Sozialversicherungspflicht

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert, dass die Tätigkeit des ärztlichen Bereitschaftsdienstes von der Sozialversicherungspflicht befreit bleibt. Die Bundeshauptversammlung fordert daher den Gesetzgeber auf, den ärztlichen Bereitschaftsdienst dem Rettungsdienst gleichzustellen.

Etablierung und Legalisierung des Vertragsarztes im Krankenhaus

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Bundesgesundheitsminister auf, einen rechtlichen Rahmen für die Arbeit von Vertragsärzten in Krankenhäusern zu schaffen.

Gesundes-Herz-Gesetz

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., wehrt sich gegen das „Gesundes-Herz-Gesetz“ als einen weiteren Eingriff in die ärztliche Autonomie und Therapiefreiheit. Vielmehr sollte der Gesetzgeber die rechtlichen Voraussetzungen für eine auskömmliche Finanzierung von Präventionsleistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen schaffen.

Stärkung der Gesundheitskompetenz in der Gesellschaft

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V. spricht sich für eine deutliche Stärkung der Gesundheitskompetenz in der Gesellschaft aus. Hierzu zählen vor allem Programme, die bereits im Kindes- und Jugendalter wirksam werden.

Gesundheitsuntersuchungen zur Stärkung der Prävention

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., spricht sich für die Wiedereinführung des zweijährigen Turnus an Gesundheitsuntersuchungen zur Stärkung der Prävention und Früherkennung aus.

Werbeverbot für Alkohol, Tabak und Nikotinprodukte

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gesetzgeber auf, Werbeverbote für Alkohol, Tabak, Tabakersatz- und Nikotinprodukte umzusetzen.

Förderung der Nachhaltigkeit in den Praxen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Krankenkassen die Förderung der Nachhaltigkeit in den Praxen durch einen Aufschlag von 10+x% auf die Quartalsabrechnung analog zum Aufschlag für eine BAG.

Resilienz des Gesundheitswesens stärken

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert die Bundesregierung und die ärztliche Selbstverwaltung auf, die Resilienz der Gesundheitsversorgung angesichts drohender Krisen, Kriege und Pandemien im Sinne einer Health-Security-Strategie sicherzustellen.

Die hierfür erforderliche Finanzierung muss Teil der nationalen Sicherheitsstrategie sein. Dabei sind nicht nur die bestehenden Krankenhäuser von Bedeutung, sondern es müssen in Vorbereitung auf eventuelle Konflikte oder Krisensituationen dabei auch die ambulanten Kapazitäten von Haus- und Fachärzten einbezogen werden. Hierfür muss auch deren Resilienz gestärkt werden, beispielsweise über die Ausstattung von Generatoren bei Stromausfällen.

In einer Health-Security-Strategie darf der ambulante Bereich nicht wieder zu einem blinden Fleck werden, denn es hat sich in der Corona-Pandemie – wo 19 von 20 Infizierte behandelt und große Teile der Impfkampagne gestemmt wurden – gezeigt, dass gerade die ambulante Versorgung das Fundament des gesamten Gesundheitswesens ist.

Beherrschung von Krisensituationen durch Vorsorge

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V. fordert in Vorbereitung auf ein mögliches Gesundheitsereignis besonderen Ausmaßes das Bundesgesundheitsministerium und das Kanzleramt auf, die Umsetzung der Inhalte aus der Drucksache 17/12051 des Deutschen Bundestages vom 03. Januar 2013 insofern zu bestätigen, dass Vorsorgemaßnahmen wie z.B. Masken-Kittelbevorratung, Reservebetten, Reserveintensivplätze, Einsatz von Hilfskräften, Meldekettens etc. getroffen werden.

Schutzkleidung sinnvoll nutzen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert die zuständigen Landesministerien auf, sinnvolle Konzepte für die Bevorratung von Schutzkleidung für den Pandemiefall zu entwickeln und umzusetzen.

Aufarbeitung der Corona-Pandemie

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., hält es für dringend erforderlich, dass die Covid-19 Pandemie endlich aufgearbeitet wird und aus Fehlern für die Zukunft gelernt wird. Daher fordert der Virchowbund eine Enquetekommission zur Aufarbeitung der Covid-19 Pandemie und ihrer Folgen. Die Bundeshauptversammlung hat große Sorge, dass wir nicht – wie nach der Spanischen Grippe – wieder 100 Jahre Zeit haben, um uns vorzubereiten. Daher fordert die Bundeshauptversammlung die Politik auf, endlich zu handeln.

Gewalt gegen Praxisärzte und ihr Fachpersonal härter bestrafen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gesetzgeber auf, im Rahmen der geplanten Strafrechtsreform eine Verschärfung der Regelungen bei Angriffen auf Rettungskräfte und Krankenhauspersonal auch auf Angriffe gegen Personal in Arztpraxen auszuweiten. Neben Krankenhäusern sind Arztpraxen ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und der medizinischen Versorgung. Es ist daher allein schon durch den Grundsatz der Gleichbehandlung geboten, dass Schutzmaßnahmen für Klinikpersonal ebenso auf Praxispersonal, also auf Praxisärzte und ihr Fachpersonal ausgeweitet wird.

Gewalt in Praxen – Schutzkonzept erforderlich

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., sieht mit großer Sorge eine zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, die leider auch vor Arztpraxen nicht Halt macht.

Dass der Gesetzgeber nun Krankenhäuser durch Änderung des Strafrechts besser schützen will, wird ausdrücklich begrüßt. Dass Arztpraxen hier hintanstehen sollen, stößt auf völliges Unverständnis. Andererseits reichen kleine Veränderungen im Strafrecht sicher nicht aus, um das Problem zu lösen. Da von einem sich zunehmend als inkompetent darstellenden Gesetzgeber hier keine Hilfe zu erwarten ist, fordert die Bundeshauptversammlung den Vorstand auf, Praxen Hinweise an die Hand zu geben, um sich selbst zu schützen. Hierzu könnte ein Mehr-Punkte-Plan erarbeitet werden, wie Praxen vorgehen können, um ein möglichst gutes Sicherheitskonzept zu erreichen. Der Verband hatte sich schon vor längerer Zeit verdient gemacht in Schulungen zu diesem Thema. Ein Mehrpunkteplan könnte natürlich erneut Schulungen enthalten.

- Denkbar ist eine Beratung durch die örtliche Polizei, soweit dies angeboten wird. Hier könnte man den Mitgliedern mitteilen, welche Stellen hier üblicherweise ansprechbar sind. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg hat entsprechende Hilfe angeboten, vielleicht ist in anderen Ländern Ähnliches möglich.
- Durch eine Umfrage könnte geklärt werden ob bauliche Maßnahmen notwendig sind. Dann muss der Gesetzgeber aufgefordert werden, diese baulichen Maßnahmen zu finanzieren, wenn er nicht in der Lage ist, den Schutz der Praxen zu organisieren.
- Es gibt Kleinigkeiten, wie Ordnung in der Praxis damit denkbare gefährliche Gegenstände nicht leicht zu erreichen sein sollten.
- Die ursprünglich zu Pandemiezeiten an den meisten Anmeldungen errichteten Glasvorrichtungen könnten verstärkt werden, um nicht nur hygienischen, sondern auch Gewaltschutz zu bieten.
- In Praxen könnte man Codeworte vereinbaren, die für Außenstehende nicht erkennbar sind, aber für Mitarbeiter klare Bedeutung haben: zum Beispiel könnte man vereinbaren: „Lüneburg in Raum fünf“ heißt, dass sich möglichst alle Mitarbeiter nach Raum fünf begeben, um dort Hilfe zu leisten bei einem medizinischen Notfall. „Hamburg in Raum

„fünf“ heißt möglicherweise, dass sich alle Mitarbeiter nach Raum fünf begeben, um dort Hilfe gegen Gewalt zu leisten. Möglichweise heißt das auch, dass die Polizei zu rufen sei.

Ob solche Vorschläge sinnvoll sind, muss dann in der Praxis diskutiert werden. So etwas könnte aber vom Verband so vorbereitet werden, dass es leicht umgesetzt werden kann. Ob wir in Zukunft Mitarbeiterinnen zu Kampfsportgruppen schicken sollten, bleibt abzuwarten. Ein Notfallknopf in der Praxis, der eine schnelle Verbindung zur Polizei herstellt, ist ebenso sinnvoll wie ein schnelles Schließsystem, was auf Knopfdruck die Praxistür gegen Eindringlinge verschließt.

Rechtsraum für KI-Anbindungen schaffen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gesetzgeber auf, einen Rechtsraum für KI-Anbindungen zu schaffen.

Basierend auf dem Digitalisierungsgesetz wurde ein wichtiger Rahmen geschaffen für den Einsatz von digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA). Ähnlich dem AMNOG-Prozess bei Medikamenten durchlaufen DiGA einen Zulassungsbeschluss beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM).

Es ist zu erwarten, dass künftig künstliche Intelligenz (KI) in einem umfassenden Rahmen zur Unterstützung von Therapieentscheidungen zum Einsatz kommen wird. Es muss sichergestellt sein, dass die Funktionsweise von KI-Algorithmen stets nachvollzogen werden kann, insbesondere, welche Entscheidungsparameter ein Algorithmus verwendet. Auch muss sichergestellt sein, dass eine solche Entscheidung ohne Einflussnahme von Dritten, wie die Pharmaindustrie, erfolgt, die bei den gängigen Praxissystemen schon Vorschläge für den Einsatz eines Medikamentes gibt. Die Delegation ärztlicher Entscheidungen an technische Systeme darf nicht zum schleichenden Verlust von ärztlichen Kompetenzen und Erfahrungswissen führen. Auch muss sichergestellt sein, dass ärztlicherseits nicht blind jeder Empfehlung gefolgt wird.

Sicherheit der ePA

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V. fordert, dass Inhalte, die von Dritten in die ePA hochgeladen werden, höchsten Sicherheitskriterien genügen und somit Schäden in den Praxen vermieden werden. Zudem sind die Betreiber der ePA (Krankenkassen) für Schäden, die durch Inhalte der ePA verursacht werden, haftbar zu machen.

Überarbeitung der ePA und der Zuständigkeiten

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gesetzgeber und die Gematik auf, bei der Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) auf verbindliche Standards zur Datenstruktur zu achten. Die Aufklärung zur ePA muss durch die Krankenkassen gewährleistet sein.

Forderung nach Weiterentwicklung der eAU

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V. fordert den Gesetzgeber auf, die eAU weiterzuentwickeln und die Krankenkassen in die Pflicht zu nehmen, die online versandte AU der behandelnden Ärzte an die Arbeitgeber und die Patienten unmittelbar weiterzuleiten. Es ist umständlich und nicht nachvollziehbar, dass bei der Digitalisierung der AU die Krankenkassen komplett außen vorbleiben. Arbeitnehmer müssen ihre Arbeitgeber informieren und diese müssen dann mit der Kasse Kontakt aufnehmen. Das gilt es zu vereinfachen!

Einführung der Gesundheitskarte für alle Geflüchteten

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gesetzgeber auf, eine flächendeckende Gesundheitskarte für alle Flüchtlinge, nicht nur aus der Ukraine, einzuführen. Die Leistungserbringung muss durch eine ausreichende Finanzierung abgesichert werden.

Arztpraxen sind keine Druckshops

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., wehrt sich gegen den Vorstoß der Stiftung Patientenschutz für Papierbelege der digitalen Akte. Entsprechende ablehnende Äußerungen des Hausarztverbandes werden ausdrücklich unterstützt (Ärztezeitung 15. 07. 2024). Wenn der Gesetzgeber möchte, dass die digitale Akte dann doch auf Papier ausgedruckt werden soll, wird er aufgefordert diese Aufgabe den Krankenkassen zu übergeben.

Aufruf an alle Ärztinnen und Ärzte, jedem Prüfantrag der Krankenkassen zu widersprechen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., ruft alle Ärztinnen und Ärzte in Deutschland auf, jedem Prüfantrag der Krankenkassen grundsätzlich zu widersprechen. Da dadurch das Erstellen und Verschicken von Prüfanträgen für die Krankenkassen kostspielig wird, kann mit dieser einfachen Maßnahme der Flut von Prüfanträgen Einhalt geboten werden.

Quartalsbezug für die Geringfügigkeitsgrenze bei Individualregress

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert eine Geringfügigkeitsgrenze von 300,00 Euro bei Individualregressen. Dabei muss bezüglich der Mindestgrenze Bezug auf das Abrechnungsquartal und auf den jeweiligen Arzt, nicht aber auf die Betriebsstätte, genommen werden.

Off-Label-Use neu definieren

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gemeinsamen Bundesausschuss auf, den Off-Label-Use hinsichtlich des Einsatzes bei Patienten in nicht zugelassenen Altersgruppen neu zu definieren.

DRV-Formularwesen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert die Deutsche Rentenversicherung (DRV) auf, ein bundeseinheitliches und digitales Formularwesen aufzubauen.

Unsinnige Bürokratie in Praxisverwaltungssystemen und DMP abbauen

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert, die Rück-Anpassung von Praxisverwaltungssystemen (PVS) im Sinne des Bürokratie-Abbaus, z.B. Dauerdiagnosen automatisiert zu aktivieren (statt wie aktuell manuell zu „bestätigen“), die DMP-Übernahme des Raucherstatus aus Vordokumentation zu vereinfachen.

Generelle Besserstellung selbstständiger Arztpraxen gegenüber MVZ im Zulassungsausschuss

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gesetzgeber auf, folgende Regelung in § 103 Absatz 4 SGB 5 aufzunehmen:

„Ab dem ... (Datum) sind für ausgeschriebene Vertragsarztsitze Ärzte, die als Einzelpraxis oder in einer ärztlichen Berufsausübungsgemeinschaft tätig werden wollen, vor medizinischen Versorgungszentren vorrangig zu berücksichtigen.“

Keine neue GOÄ ohne Inflationsausgleich

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert die Bundesärztekammer auf, ihr Konzept zur neuen Gebührenordnung für Ärzte dringend zu überdenken. In Anbetracht der fehlenden Bereitschaft diverser Gesundheitsminister, sich dem Thema zuzuwenden, ist es vordringlich, dass eine neue Gebührenordnung in jedem Fall einen jährlichen Inflationsausgleich enthält. Die Bedenken der verschiedenen Berufsverbände zur neuen Gebührenordnung müssen dringend bedacht werden, bevor eine neue Gebührenordnung auf Dauer die Freiberuflichkeit gefährdet.

Reform des Elterngeldes für Selbständige

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert eine Reform des Elterngeldes für Eltern in der Selbstständigkeit. Man könnte das Elterngeld an die Verwendung zur Kinderbetreuung oder zur Anstellung von Entlastungsassistenten koppeln, um eine berufliche Tätigkeit und Wahrung der Patientenbindung während der Elternzeit zu ermöglichen.

Abschaffung des Numerus Clausus im Medizinstudium

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., fordert den Gesetzgeber auf, die Abiturnote als alleinige oder überwiegend maßgebliche Voraussetzung für die Zulassung zum Medizinstudium abzuschaffen. Stattdessen soll ein bundesweit einheitlicher Medizinertest als zentrale Zugangsvoraussetzung eingeführt werden. Zudem soll den medizinischen Fakultäten ermöglicht werden, eine feste Quote an Medizinstudienplätzen über Auswahlgespräche zu verteilen. Weitere Kriterien für eine

bevorzugte Vergabe eines Medizinstudienplatzes können eine abgeschlossene fachrelevante Ausbildung oder eine ehrenamtliche Tätigkeit im Gesundheitswesen (z.B. Pflege- oder MFA-Ausbildung, Pflegehilfskraft, Rettungssanitäter) sein.

Solidarität mit der Aktion „Praxenkollaps“

Die Bundeshauptversammlung 2024 des Virchowbundes, Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V., erklärt ihre Solidarität mit der nordrheinischen Aktion „Praxenkollaps“ und ruft die Mitglieder des Verbandes zur Beteiligung an den geplanten Aktionen auf.

Berlin, den 8. und 9. November 2024